

27. September 2026

Medienmitteilung

Abstimmung zum Steuerfuss 2026 der Stadt Wil: Stimmberechtigte entscheiden sich für 115%

Die Stimmberechtigten der Stadt Wil haben heute an der Urne den Steuerfuss für das Jahr 2026 auf 115% festgelegt. Das Budget 2026 weist bei diesem Steuerfuss ein Defizit von 8,2 Millionen Franken aus. Die angespannte finanzielle Lage der Stadt und der damit verbundene Handlungsbedarf bestehen damit weiter.

Die heutige Abstimmung über den Steuerfuss geht auf zwei Ratsreferenden zurück, die im Dezember 2025 im Stadtparlament ergriffen wurden. Das Parlament hatte zuvor einen Steuerfuss von 118% beschlossen. Mit einem Ratsreferendum wurde die Beibehaltung des bisherigen Steuerfusses von 115% verlangt, mit einem zweiten Ratsreferendum der ursprünglich vom Stadtrat beantragte Steuerfuss von 121%.

Die Stimmberechtigten konnten heute über beide Varianten einzeln abstimmen.

- **Steuerfuss 115%**
4'131 Ja-Stimmen (61.09%)
2'631 Nein-Stimmen (38.91%)
Damit wurde der Steuerfuss von 115% angenommen.
- **Steuerfuss 121%**
1'210 Ja-Stimmen (19.63%)
4'955 Nein-Stimmen (80.37%)
Damit wurde der Steuerfuss von 121% abgelehnt.

Insgesamt wurden 6'923 Stimmzettel eingereicht, davon waren 6'912 gültig. Bei 14'322 Stimmberechtigten entspricht die Stimmbeteiligung 48.34%.

Da nur der Steuerfuss von 115% angenommen wurde, war die Stichfrage nicht entscheidend. Für den Fall, dass beide Varianten angenommen worden wären, wäre mit dieser Strichfrage ermittelt worden, welchem der beiden Steuerfüsse die Stimmberechtigten den Vorzug gegeben hätten.

- **Stichfrage**
Steuerfuss 115%: 4'735 Stimmen (72.96%)
Steuerfuss 121%: 1'755 Stimmen (27.04%)

Defizit 8.2 Millionen Franken im Budget 2026

Der Stadtrat nimmt das heutige Abstimmungsergebnis mit grossem Bedauern zur Kenntnis und stellt fest, dass es nicht gelungen ist, der Bevölkerung die finanzielle Notwendigkeit der Steuerfusserhöhung zu vermitteln. Mit diesem Entscheid für einen Steuerfuss von 115% weist das Budget 2026 der Stadt Wil ein Defizit von 8,2 Millionen Franken aus. Als Vergleich: Bei einem Steuerfuss von 118% hätte es rund 6,3 Millionen Franken betragen, bei 121% rund 4,4 Millionen Franken.

Die aktuelle Hochrechnung des Rechnungsabschlusses für das laufende Jahr 2026 ergibt mit dem Steuerfuss von 115% ein Defizit in der Erfolgsrechnung von 12 Millionen Franken, zusätzliche Mindereinnahmen bei den Steuern sowie höhere Betriebsaufwände erhöhen es gegenüber dem Budget.

Die finanzielle Ausgangslage der Stadt ist und bleibt damit sehr anspruchsvoll: Bereits die Jahresrechnungen 2024 und 2025 schlossen mit Defiziten von 6,3 beziehungsweise 2,3 Millionen Franken ab. Auch für die kommenden Jahre rechnet die Stadt mit strukturellen Defiziten. Gleichzeitig haben in den vergangenen Jahren sowohl die von Bund und Kanton übertragenen Aufgaben und damit verbundenen Transferkosten als auch die Abschreibungen auf getätigte Investitionen deutlich zugenommen. Zudem stehen bedeutende Investitionen an, die aufgrund fehlender finanzieller Reserven grösstenteils über Kredite finanziert werden müssen. Der Stadtrat und das Stadtparlament sind nun umso mehr gefordert, trotz unterschiedlicher politischer Positionen tragfähige Lösungen zu finden.

Haushaltsgleichgewicht bleibt zentrales Ziel

Der Stadtrat wird die Arbeiten zur Stabilisierung des städtischen Haushalts unabhängig vom heutigen Abstimmungsergebnis weiterführen. Das Stadtparlament hat am 2. Juli 2026 ein Postulat der Geschäftsprüfungskommission überwiesen, das ein ausgeglichenes Budget bis 2030 zum Ziel hat. Der Stadtrat unterstützt dieses Ziel.

Bereits wurden über 30 Entlastungsmassnahmen mit einer wiederkehrenden Wirkung von rund 3 Millionen Franken umgesetzt. Weitere Massnahmen werden notwendig sein und derzeit diskutiert. Dabei werden Ausgaben, Leistungen und Standards überprüft sowie Effizienzpotenziale in verschiedenen Aufgabenbereichen untersucht.

Mit dem Entscheid für einen Steuerfuss von 115% erhöht sich der Handlungsbedarf auf der Ausgaben-seite. Der Stadtrat wird dem Stadtparlament deshalb weitere Vorschläge zur Entlastung des Haushalts und zur Stabilisierung der städtischen Finanzen unterbreiten. Ziel bleibt es, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt langfristig zu sichern und bis 2030 ein ausgeglichenes Budget zu erreichen.